

(Meine Woche, Folge 1)

Unter den Linden liegt die Moderne

Die Kultur der Alleen verbindet Preußen mit Europa. Die richtige Verteilung der Infrastrukturen in der Fläche wird heute wieder zum Problem

Unterwegs irgendwo in der Uckermark im Bundesland Brandenburg: Wir fahren auf einer Allee – oder muss es „unter“ einer Allee heißen? Die Linden stehen recht locker Spalier, ihre Kronen bilden ein Dach und ihre Wurzeln halten den Straßenunterbau zusammen. Wie ein lang gestreckter Saal liegt sie im Lande. Der touristische Blick vermutet hier eine bäuerlich-dörfliche Erfindung. Oder eine mittelalterlich-feudale Einrichtung. Ganz falsch, denn hier herrscht ein größeres Maß. Die Allee ist Teil eines territorialen Verkehrssystems, das gar nicht der besonderen Landschaft der Uckermark angehört, sondern in anderen Teilen Brandenburgs ebenso zu finden ist wie in Mecklenburg. Ganz zu schweigen von Frankreich, woher das Wort „Allee“ stammt: „aller“ bedeutet „gehen, laufen, fahren“. Die Allee ist also mindestens preußisch, und zwar europäisch-preußisch. Die ersten Alleen wurden zur Zeit des Großen Kurfürsten angelegt. Napoleon brachte nicht nur den Code Civil nach Preußen, sondern auch einen neuen Straßenbau-Schub. Die meisten Alleen wurden im 19. Jahrhundert angelegt. Sie standen allerdings schon bald im Schatten der Eisenbahn. Die späte Bildung des deutschen Territorialstaates ist vor allem Eisenbahngeschichte, während Frankreich früh im Zeichen einer Straßenkultur zusammenwuchs. Aber auch in Deutschland ist die Allee der Pionier, und sie ist es vor allem als preußische Allee.

Man kann vor lauter Bäumen den Wald nicht sehen und so ist es auch bei der Allee. Sie kann aus Winter- oder Sommerlin-

den, aus Rot- oder Blutbuchen, aus Kastanien, Stieleichen, Platanen, Pappeln und auch Apfel- oder Birnbäumen bestehen – immer wird man drei allgemeine Aufgaben finden: Das Baumspalier befestigt die Fahrbahn. Es schützt gegen Erosion, Verschlammung, Wind und Wetter und hilft bei der Orientierung. Mehrere Alleen bilden ein territoriales System, das ein ständiges Mobilitäts-Angebot bereithält. Natürlich hat es schon früher Bäume am Wegesrand gegeben, aber ihnen fehlten die Regelmäßigkeit, die beständige Pflege und die Vernetzung.

Die Allee hat dabei eine merkwürdige Genealogie. Sie ist ein Kind der höfischen Gesellschaft und wurde, von den großen höfischen Gärten ausgehend, ins regionale und nationale Wegesystem des Absolutismus versetzt. Von dort gelangte sie dann wiederum als Implantat in die Städte. So verbindet das Alleensystem ganz verschiedene Landschaften und öffnet die Mauern der Städte. „Unter den Linden“ liegt nicht nur Brandenburg, sondern eben auch Berlin. Mit der Kultur der Allee war Brandenburg nicht nur Provinz, sondern setzte eigene republikanische Maßstäbe. Und hier braucht es sich des preußischen Elements nicht zu schämen. Mit den Alleen wurde Raum ein Stückweit von Herrschaft emanzipiert und als Gemeingut aufgebaut. Vor dem Gesetz und auf der Allee sind alle Bürger gleich.

Heute diskutieren wir wieder darüber, wie viele Straßen, Schienen und Leitungen im Land liegen müssen. Wie viel Versorgung in der Fläche ist vernünftig finanzier-

bar? Dahinter taucht noch eine tiefere Frage auf: Ist ein Staat, der immer mehr Geld unmittelbar für die Menschen ausgibt (für das sogenannte „Soziale“), noch in der Lage, seine räumlichen Infrastrukturen auf-

rechtzuhalten? Das Territorium, das mit den Alleen erschlossen und gestaltet wurde, ist nicht ein für alle Mal erworben.

(Meine Woche, Folge 2)

Unser allzu menschlicher Städtebau

Eine Stadt ist nicht nur zum Wohnen da. Architektur sollte die Menschen herausfordern und heben

Das Jahr 1957 liegt ein halbes Jahrhundert zurück. Ein eher unauffälliges Jahr. Im Westen Berlins fand die „Interbau 1957“ statt. Sie erhob das alleinstehende Wohnhochhaus, von namhaften Architekten in verschiedenen Varianten locker im neuen Hansaviertel gruppiert, zum zukunftsweisenden Modell des Städtebaus. Eine kleine Ausstellung in der U-Bahn-Haltestelle „Hansaplatz“ erinnert heute daran, wie sehr dies Modell die Leute damals anzog. Man drängte sich in den geräumigen, funktionalen und lichten Musterwohnungen.

Das Wohnhochhaus erschien als Quintessenz der neuen Wohlstandskultur. Der gemeinsame urbane Raum der Bauten interessierte weniger. Wie in keiner anderen Epoche stand das Bauen im 20. Jahrhundert im Zeichen des intimen Binnenraums. „Der ursprüngliche Ausgangspunkt des Städtebaus ist eine Wohnzelle“, formulierte 1933 die Charta von Athen. Gut wohnen, gesund wohnen, schön Wohnen war die Devise. Zugleich rückte nun „der Mensch“ in den Mittelpunkt. Man sagte, es müsse das „Glück des Menschen“ gebaut werden. Im Jahre 1957 scheint das gebaute Glück greifbar zu werden.

Aber so selbstverständlich ist das Credo, die Stadt solle „dem Menschen dienen“ nicht. Die Stadt der Aufklärung sollte den Menschen zivilisieren, ihn herausfordern, ihn heben. Denn der Mensch kann von der

Erhabenheit einer Kirche, eines Rathauses, eines Bahnhofes ergriffen werden. „Die Stadt auf dem Hügel“ war ein Zentralmotiv des amerikanischen Traums. Aber so hoch muss Größe gar nicht sein. Ein mediterrane Stadtplatz lebt nicht von hohen Türmen. Auch nicht davon, dass viel passiert. Wenn man genau hinschaut, lebt er von herumhängenden Leuten, die sich geduldig an der trägen Statik der Fassaden, Bäume und Tageszeiten festhalten. Für Walter Benjamin war die Architektur denn auch der Prototyp eines Kulturgutes, das „in der Zerstreuung“ aufgenommen werden kann und ein gelockertes „Kollektivum“ bildet: das Publikum. Dazu aber müssen Architektur und Städtebau dem Publikum etwas voraushaben. Die urbane Form muss mehr sein als ein Spiegel der Menschen. Sie muss offene Leerstellen aufweisen – jede gelungene Form hat diesen kleinen Vorsprung vor ihrem Inhalt. Sie gewinnt diesen Vorsprung, indem sie die Fremdheit der Welt und die Größe der Schöpfung ins Prosaische übersetzt. Holz und Stein, Stahl und Glas sind solche Übersetzer. „Ein Haus zu bauen, ist ein optimistischer Akt“, formulierte der jüdische Architekt Daniel Libeskind.

Wo aber die Stadt zur bloßen Wohnung wird, ist dies Spannungsverhältnis gebrochen. Das 20. Jahrhundert ist wohl ein bedeutendes Jahrhundert des Wohnens gewesen, aber kein Jahrhundert der Stadt. Das

kann man angesichts der Wohnungsnot durch Armut und Zerstörung verstehen. Die beiden großen Volksparteien der Bundesrepublik haben die Modernisierung des Landes gerne mit Wohnlandschaften bebildet und gemildert. Die soziale Marktwirtschaft war im Grunde „wohnende“, sesshaft gemachte Marktwirtschaft. Heute haben die Wohnhochhäuser – von den Plat-

tenbauten ganz zu schweigen – ihre Faszination weitgehend verloren. Die Kritik neigt allerdings zu der Diagnose, die Ursache sei in einer „Überschreitung des menschlichen Maßes“ zu suchen. Es ist umgekehrt: Hier wurde *zu sehr* nach menschlichem Maß gebaut und der Mensch mit sich selbst eingesperrt.

(Meine Woche, Folge 3)

Außenpolitik des Misstrauens

Die moralisierende Fraktion in der deutschen Politik findet überall Problemstaaten. Den gewundenen Pfaden der Realentwicklung mag sie nicht folgen.

Diese Woche hat außenpolitisch begonnen und Deutschland war nicht dabei. Jedenfalls hatten die Skeptiker im Lande das Sagen. Die französische Regierung hat Libyen die Lieferung von Atomkraftwerks-Technologie zugesagt. Dafür ist sie von deutscher Seite in einer Schärfe gescholten worden, die aufhorchen lässt. Friedbert Pflüger (CDU) sprach den Satz vom „Wüstenstaat“, dem man keine Atomtechnologie überantworten dürfe. Ulrich Kelber (SPD) verglich das Vorgehen des Präsidenten Sarkozy mit dem eines „Despoten“. In den meisten Medien war es schwierig, eine korrekte Wiedergabe der Erklärungen der französischen Regierung zu finden. „Wer sagt, dass die arabische Welt nicht verantwortungsbewusst genug für die zivile Nutzung der Atomenergie ist, der demütigt sie“, hatte Sarkozy gesagt. Frankreich folgt hier seiner Maxime, dass es keine Erdregion gibt, die nicht zum Aufbau freier und gleicher Nationen geeignet wäre. Auch die Entscheidung der US-Regierung für massive Waffenlieferungen an bestimmte arabische Staaten liegt auf dieser Linie. Die Welt der Nationalstaaten wird weiter pluralisiert.

Dabei wird ein Risiko in Kauf genommen: Um zum Gewaltmonopol eines ein-

heitlichen Rechtsstaats zu kommen, muss man oft realpolitisch mit einem „Machthaber“ anfangen - ohne dass es die Gewähr gibt, dass dieser nicht aus dem Ruder läuft. Dafür gibt es schon in der europäischen Geschichte genügend Beispiele. Die Realpolitik vertraut aber nicht auf die Person, sondern auf die institutionelle Rolle, die die Macht erzieht, auf das Territorium, das die Willkür bindet, und auf die Zeit, die sie abschleift. Man könnte im Anschluss an Thomas Hobbes vom „Leviathan-Prozess“ sprechen, der tatsächlich historisch in vielen Fällen gelungen ist. Kein Land wird als Republik geboren. Es gibt daher auch keine rein zivile Republikhilfe. Man stelle sich vor, dass Schulen, Gesundheitsstationen, Straßen und Brunnenanlagen errichtet werden, und die „mittleren Gewalten“ – die Clanherren und Kriegsfürsten – bleiben unangetastet. Niemand könnte sie hindern, sich das Aufbauwerk anzueignen und für ihre Gefolgschaften in Beschlag zu nehmen. Die Knebelung des Landes und die Perversion der internationalen Unterstützung wären total. Dann aber würden sich diejenigen zu Wort melden, die es immer schon wussten; und zum generellen Rückzug aus den „Wüstenstaaten“ blasen. Die politische Geographie der Skeptiker führt

immer zurück in die besseren Lagen dieser Erde.

Warum ist Deutschland heute so anfällig für diesen Skeptizismus? Vielleicht liegt es daran, dass unser Land den Leviathan-Prozess nicht aus eigener Kraft zu Ende gebracht hat. Eine Allianz anderer Nationen musste massiv eingreifen. Später konnte sich die glückliche Bundesrepublik auf den Export und auf die Zivilgesellschaft spezialisieren. In keinem anderen Land wird daher die Europäische Gemeinschaft so sehr als Ersatzveranstaltung zum Nationalstaat verstanden. Die Niederlage unseres eigenen „nation building“ ist kaum reflek-

tiert, ihre Schlüsseldaten sind vergessen. Heute, am 1. August, erklärte vor 93 Jahren unser Land Russland den Krieg und entzündete den ersten Weltkrieg. Deutschland machte eine ganze Epoche nationalstaatlicher Pluralisierung in Europa zunichte, deren Produkt es doch selber war. Warum wird dieser 1. August in unserem Land so elegant übersprungen? Wir würden die Einsätze der gegenwärtigen Globalisierung besser verstehen, wenn wir der „Urkatastrophe“ unseres eigenen Nationenbaus sorgfältiger auf den Grund gehen würden.

(Meine Woche, Folge 4)

Warum es den Zwei-Klassen-Staat gibt

Gesundheit und anderes: Der Abstand zwischen Grundleistungen und Spitzenleistungen wird größer. Das liegt in der Logik der Sache.

Die Diagnose ist finster. Wir leben in einem „Zweiklassen-Staat“, in dem „die Privilegierten Deutschland ruinieren“. So steht es im neuen Buch von Karl Lauterbach. Das Cover zeigt den Gesundheitsexperten der SPD mit lockerem Lächeln. Für ihn ist alles easy. „Es geht nur darum, jedem Kranken die beste Behandlung zu sichern“, sagt er der Welt am Sonntag vom 22. Juli. Gesundheit sei ein „Grundgut“. Das möchte man gerne glauben. Schließlich hat jeder einen Körper. Leider gebe es „gute und schlechte Ärzte“ und die reichen Leute bekommen die guten. So, so. Wenn aber das Geld im Gesundheitswesen anders verteilt würde, kriegen alle die Guten. Aha. Man kann den Linksrückern im Lande jedenfalls nicht vorwerfen, dass sie uns geistig überfordern.

Wenn man wirklich in die Arbeitswelt des Gesundheitswesens hinabsteigt, wird es schwieriger. Da gibt es neue Medikamente, die oft erheblich besser wirken und weniger Nebenwirkungen haben. Sie kos-

ten aber das Drei-, Vier- oder gar Zehnfache. Das gleiche gilt für neue diagnostische Verfahren oder für Implantate wie z.B. in der Zahnmedizin. Wo man auch hinschaut, überall gibt es echte Fortschritte in der Behandlung von Leiden, aber oft sind dabei die Kostensprünge so hoch, dass die beste Behandlung nicht auf alle Bürger ausgedehnt werden kann. Oder gehen wir einmal in ein Pflegeheim. Man weiß, dass bei Demenzkranken statt mechanischer Versorgung eine ständige Anleitung bei Essen, Trinken und Körperpflege durch Fachkräfte gut ist. Das bedeutet pro Patient einen zusätzlichen Aufwand von ca. 4 Pflegekraft-Stunden täglich. Bei Schwerstkranken und Sterbenden bedeutet die Gabe von Flüssigkeit mit einem kleinen Löffel für den Patienten viel. Aber dies muss meistens stündlich über 12-14 Stunden am Tag geschehen. Das ist für alle nicht zu gewährleisten. So wird die Flüssigkeit über Magensonden verabreicht. Sind die Pfl-

genden, die das tun, deshalb „schlechte“ Pflegende?

Nichts ist hier easy. Längst gibt es Kommissionen im Gesundheitswesen, die immer wieder neu die Trennlinie zwischen Grundleistungen für alle und höheren Leistungen für wenige ziehen müssen. Dennoch sind Ärzte, Pflegekräfte und Patienten hier mit vielen Entscheidungen allein gelassen. Denn öffentlich herrscht inzwischen die Demagogie der gleichmachenden Gegenauflärung.

Aber, so könnte man fragen, wird nicht wenigstens der Fortschritt das Klaffen der Schere zwischen Spitzenleistung und Breitenleistung mildern? Nein, im Gegenteil. Jedes neue Wissen, jede neue Erfindung,

jede neue Anlage bringt eine neue Ungleichheit ins Spiel. Und das gilt in allen Branchen und Bereichen. Auch die Stadt- und Regionalplanung muss ständig an der Trennlinie zwischen Grundversorgung in der Fläche und führenden Zentren arbeiten. Dabei muss auch der Staat - gerade der Staat - diese beiden Niveaus trennen, damit er weiterhin Staat für das Wohl des Ganzen sein kann. Ja, wirklich, er muss „Zweiklassen-Staat“ sein. Aber er muss es nicht für zwei Klassen von Menschen sein, sondern für zwei Ebenen von *Sachverhalten*. Unsere moderne Welt ist nur mit der Unterscheidung von Existenz und Exzellenz zu haben.

(Meine Woche, Folge 5)

Die Geschichte mit den Kartons

Auf die kleinen Dinge kommt es an. Deshalb müssen Großstädter auf ihr Umfeld achten und Konservative in öffentlichen Angelegenheiten sein

Wenn die Kollegin so erzählt: Bei ihr zu Hause waren an den Mülltonnen zwei große, leere Pappkartons abgestellt worden. Die Tage vergingen, die Müllabfuhr nahm sie nicht mit. Sie wurden immer schäbiger, weitere Kartons kamen dazu. Auch ein kaputter Tisch, ein paar Bretter und einige volle Plastiktüten. Dann kam die alte Matratze. Der Inhalt der Tüten breitete sich aus, an der benachbarten Haustür standen auf einmal drei leere Bierflaschen. Binnen kurzer Zeit hatte sich aus ein paar Kartons eine ausgewachsene Problemzone entwickelt. Eine Schlampererei war durchgegangen – und im Nu war sie zu einem Stützpunkt allgemeiner Rücksichtslosigkeit geworden. Hätten nicht ein paar Nachbarn sich aufgerafft, hätte viel-

leicht die ganze Straße Schaden genommen. Morgen wird es an einem anderen Punkt wieder losgehen „Es ist ein Kampf, der nie endet“, sagt die Kollegin.

Die Geschichte passt zu einem Aufsatz, der in der amerikanischen Zeitschrift „The Atlantic Monthly“ im Jahr 1982 erschienen ist, und der aus der Diskussion um Problemstadtteile nicht mehr wegzudenken ist. Sein Titel ist „Broken windows“. Die „zerbrochenen Fenster“ spielen dort eine ähnliche Rolle wie hier die Kartons. In Europa hat manch einer vermutet, den Amerikanern ginge es darum, kleine Vergehen mit härtesten Strafen zu verfolgen und die Gefängnisse zu füllen. Aber es geht in dem Artikel gar nicht um die Täter, sondern um die Sachen. Das zerbrochene Fenster muss

repariert werden. Dies ist die Stelle, an der Teufelskreis aus Fehlverhalten und schlechtem städtischen Umfeld durchbrochen werden kann. „Null Toleranz“ gilt daher der Vernachlässigung der 1000 Dinge, an denen das großstädtische Leben hängt. Man erfand die sogenannten „Beat meetings“ erfunden, auf denen Bewohner regelmäßig diese kleinen Dinge in ihrem Stadtviertel besprechen können. Es kann um eine schlecht geschaltete Ampel gehen, um eine Bauruine, um verwaarloste Kinder. Ein Polizeioffizier ist immer da, oft auch Vertreter anderer städtischer Dienste. Es geht nicht um Ursachenspekulation, sondern um Maßnahmen. Festlegungen des vergangenen Treffens werden überprüft („old business“), bevor man sich neuen Problemen zuwendet („new business“). Natürlich haben die Bewohner nicht die Mittel, um viele Probleme zu lösen. Aber ihre Stärke ist die Wahrnehmung der Vernachlässigungen und Beschädigungen – das „neighbourhood watching“ der Alltagsdinge.

Bei uns berichten die Lokalteile der Zeitungen diese Woche wieder von gestohlenen Gullydeckeln, Ladenüberfällen von Jugendbanden am helllichten Tag, Feueranschlägen auf Autos, Steinwürfen auf Busfahrer. In die allgemeinen Politikteile gelangt dieser Vandalismus selten und die kleineren Ereignisse - die „Kartongeschichten“ - kommen erst gar nicht vor. So bleibt der Klimawandel, der in kleinen Schritten unsere Großstädte verroht, eines der bestgehüteten Geheimnisse der Republik. Eigentlich ist die bewahrende Aufmerksamkeit für die Alltagsdinge eine zentrale konservative Tugend – umso mehr, je wechselhafter das Leben wird. Deshalb sollten gerade die Großstädter gute Konservative sein. Aber sie dürfen nicht nur private Konservative sein, die zu Hause gepflegt kochen, die Rosen schneiden oder den Dalai Lama an die Wand hängen. Sie müssen *öffentliche Konservative* sein.

(Meine Woche, Folge 6)

Was Berlin von Barcelona lernen kann

Metropolen sind Orte kultureller Modernisierung. Sie brauchen eine Oberschicht, die auch einmal etwas Großes wagt

Berlin hat wieder über 3,4 Millionen Einwohner. Das Wachstum beruht auf Zuzug, besonders von jungen Leuten, die noch in einer Ausbildung sind. Werden sie in Berlin bleiben, wenn sie berufliche Karriere machen wollen? Bisher war das oft nicht so, trotz einiger Erfolge bei der Ansiedlung wichtiger Abteilungen großer Konzerne. Die Zeitschrift Economist hat kürzlich auf ein Phänomen hingewiesen, das Berlin von anderen Metropolen unterscheidet: In London und Paris, aber auch in

München oder Hamburg leben viele Reiche und Mächtige – in Berlin kommen sie nur vorbei, wenn es ein Ereignis oder ein Arbeitsprojekt gibt. Das mag übertrieben sein. Aber es ist etwas dran, vor allem, wenn wir nicht nur auf die harten Zahlen schauen, sondern darauf, wie Berlin sich selbst wahrnimmt und an welchen Bildern es sich orientiert. Man kann auf einem Schatz sitzen und doch nur auf das Hungerbild gucken, das man sich an die Wand gehängt hat. Berlin kultiviert gerne seine

Armut. Mit schnoddrigem Charme und selbstbewusster Cleverness, aber das selbstgewählte Spielfeld ist ein bisschen eng.

Die spanische Mittelmeermetropole Barcelona war Mitte der 80er Jahre eine heruntergekommene Hafen- und Bürgerstadt. Die Industrien waren veraltet, Finanz- und Wissensdienstleistungen zur Modernisierung fehlten. Die Oberschicht wanderte ab, die Kultur performierte im Untergrund. Eigentlich fehlte nur noch ein Bürgermeister, der der Stadt das Label „arm, aber sexy“ umhängte. Aber Barcelona hat einen anderen Weg gewählt. Es hat neue zentrale Areale gebaut, seine See-seite mit großem Aufwand saniert und seine frühmoderne großbürgerliche Innenstadt als edlen Wohnstandort renoviert. Barcelona hat also um seine Reichen gekämpft. Laut und vernehmlich, ohne sich ihrer zu schämen und ihnen so die Abwanderung ins Umland nahe zu legen. Es hat der Oberschicht auch etwas gegeben, an dem sie ihre Kraft messen und sich abarbeiten kann – den Führungsanspruch als Metropole des westlichen Mittelmeers. Zudem hatte Barcelona dann auch das

Glück, mit den Olympischen Spielen 1992 den passenden Kristallisationspunkt zu bekommen.

Es geht hier um das mentale Programm, um die orientierende Kraft des Kulturellen. Barcelona hat sich sein Recht auf große Erzählungen und große Entwürfe nicht nehmen lassen. Genau an diesem Punkt wird Barcelona für Berlin interessant. Die preußische und deutsche Hauptstadt, die als europäische Metropole Großbürgertum mit proletarischer Zuwanderung verband, lebt heute weitgehend mit dem Rücken zu ihren großen Entwürfen. Man hat dieser Stadt die großen Erzählungen gestohlen, und so hat sie sich in der kulturellen Modernisierung auf das kleine Alternative spezialisiert. Darin ist Berlin genial geworden, aber ebenso stark ist das Vorurteil gegenüber allem Reichen und Mächtigen geworden. Echte Metropolen können die Differenz von arm und reich aushalten, Berlin kann es kaum. Hier liegt die eigentliche multikulturelle Herausforderung in dieser Stadt – nicht im ethnologischen Klein-Klein zwischen Deutschen und Türken.

(Die Texte sind als tägliche Kolumne in der Tageszeitung „Die Welt“ in der Woche vom 30.7. – 4.8.2007 erschienen)